

Grundkurs Ideologiekritik:

“Trotz Rekordgewinnen - Allianz streicht 7500 Arbeitsplätze”

Was heißt da “trotz”?

Die Entlassungen finden doch wegen des Gewinns statt: Damit sich noch mehr von ihm in der Bilanz einfindet, entlässt der Betrieb Mitarbeiter, die er dazu nicht mehr braucht. Gegen alle Realität wird so getan, als bestünde da ein Gegensatz zwischen Gewinn und Streichen von Arbeitsplätzen. Das Unternehmen führt doch gerade wieder einmal praktisch vor, dass das eine die Methode fürs andere ist, und das ist auch für niemanden, der schon mal was von Rationalisierung gehört hat, eine Neuheit oder gar ein Geheimnis. Wieso also „trotz“?

Weil die Menschheit gelernt hat, dass der höhere Auftrag, in dem Unternehmer unterwegs sind, darin besteht, „Arbeit zu schaffen“, sie den Beruf des Arbeitgebers ausüben, wenn sie sich um den Gewinn kümmern. Sie hat sich so Unfug eintrichtern lassen wie den, dass „die Gewinne von heute die Arbeitsplätze von morgen“ seien, und glaubt gerne daran, dass der Erfolg des Unternehmens in Gestalt von „sicheren Arbeitsplätzen“ auch der Belegschaft zugute zu kommen hat. Dass also der Profit des Unternehmens – zumindest irgendwie – auch ein Mittel der Belange derjenigen ist und zu sein hat, die fürs Unternehmen arbeiten. Und wenn dann so ein Unternehmen Gewinn macht und Leute entlässt, findet man sich in seinem doch nur allzu berechtigten Anspruch betrogen: Das findet man ungerecht und ist empört.

Diese Empörung taugt nicht viel. Wer sie an den Tag legt, hat längst geschluckt, dass sein privates Fortkommen eine abhängige Variable des Gewinns ist, den andere einstreichen, sein eingebildeter Anspruch umgekehrt ganz darin aufgeht, an einem „Arbeitsplatz“ gegen Lohn arbeiten zu dürfen. Als diese abhängige Variable ist der Klageführer unbedingt dafür, dass das Unternehmen Gewinn machen soll. Er hat eingesehen, dass ein Unternehmen, das Verluste macht, „Kosten sparen“ und entsprechend seine Belegschaft dezimieren muss. Nicht minder klar ist ihm, dass es, um „wieder schwarze Zahlen“ schreiben und „im globalen Wettbewerb mithalten“ zu können, rationalisieren muss. Nur die Konsequenz aus all dem, was er eingesehen und akzeptiert hat, weigert er sich zu ziehen: Dass dann eben auch der Gewinn der letzte Zweck des Unternehmens ist und es auf die Beschäftigten nur als Mittel für diesen

Zweck ankommt, ihre Dienste also nur gefragt sind, wenn sie sich fürs Unternehmen rentieren. Und dafür, dass sie dies tun, sorgt das Unternehmen praktisch – indem es laufend die Kosten für die Arbeit senkt, mit und ohne Entlassungen.

Dem Volk in seiner Empörung können Politiker und Öffentlichkeit diesmal nur beipflichten: „Erneut“ entlässt „ein Konzern in großem Umfang, der gleichzeitig Milliarden Gewinne erwirtschaftet“, beschwert sich die „Süddeutsche“, Kanzlerin Merkel hält die Entscheidung der Allianz, die sie „nicht korrigieren kann“, für „bedauerlich“. Sie selbst haben diesen systemtragenden Schwindel ja jahrelang in die Welt gesetzt und für seine Verbreitung gesorgt, wonach „Wachstum Arbeitsplätze schafft“. Das war das Versprechen, mit dem das Volk sich unter ihrer Anleitung einbilden durfte, der Geschäftserfolg des Kapitals käme auch ihm zugute. Also lässt man sich es auch nicht nehmen, das so betreute Volk dann weiter an die Hand zu nehmen, wenn es in seiner Lebenslüge ein wenig irritiert wird. Man bringt zum Ausdruck, dass es mit seinen Sorgen bei der Regierung gut aufgehoben ist und dass man dort die Irritation und das ihr zugrunde liegende Gerechtigkeitsempfinden nur zu gut versteht. Das ist dann allerdings keineswegs das letzte Wort, sondern der Auftakt dazu, die „verständlichen“ Beschwerden zurechtzurücken. Die für Volkes Meinung Zuständigen gehen regelmäßig dazu über, auch für diese „empörenden“ Entlassungen dann doch wieder gute Gründe ins Feld zu führen, den „Arbeitsplatz“ zuallererst.

Ein Volk, das schon so viel eingesehen hat und billigt, wird ja wohl auch verstehen können, dass Unternehmen gerade wegen des hohen Auftrags, in dem sie unterwegs sind, ihre „Gewinnsituation“ auch „für die Zukunft sichern“, also heute entlassen müssen, um die verbleibenden „Arbeitsplätze sichern“ und morgen wieder mehr von denen „schaffen“ zu können: Gerade ein „vorausschauendes Unternehmen“ entlässt seine überflüssigen Mitarbeiter genau dann, „wenn der Konzern gesund ist, sich nicht in einer tiefen Krise befindet und Notoperationen vornehmen muss“! So nageln Regierende und Öffentlichkeit das Volk auf seinen dummen Glauben fest und weisen es zugleich zurecht: Aus dem verletzten Gerechtigkeitsempfinden lässt sich ein Anspruch auf „Beschäftigung“ jedenfalls nicht

farbeROT u. GegenStandpunkt auf RadioX

Jeden 1. und 3. Montag im Monat von 14 bis 15 Uhr

sowie jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9 bis 10 Uhr

FM: 91,8

Kabel: 99,85

Die Sendungen können als mp3 auf www.farberot.de heruntergeladen werden

Außerdem sind unter www.argudiss.de

Dokumentationen von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GegenStandpunkt-Verlags zu den verschiedensten Themen verfügbar

ableiten. Entlassungen darf das Volk jederzeit und zusammen mit seiner Kanzlerin für „bedauerlich“ halten. Es muss aber einsehen, dass sie einfach unvermeidlich sind.

Manchmal aber finden Politiker an den Lebenslügen, die sie selbst in die Welt gesetzt und heftig kultiviert haben, keinen Geschmack mehr: „Rüttgers wiederholte, die Union müsse sich von ‚Lebenslügen‘ verabschieden, wie der, dass niedrige Steuern zu mehr Investitionen und Arbeitsplätzen führten.“ (SZ, 7.8.06) Der Aufrichtigkeit verpflichtet, wie er nun einmal ist, hält der Mann es einfach nicht mehr aus, dem Volk in Form einer Wirkungskette das Versprechen von mehr Arbeitsplätzen zu unterbreiten. Er ist nämlich der Auffassung, dass es seiner Partei nicht gut tut, wenn die sich allzu sehr und immerzu nur mit Steuernachlässen fürs Kapital profiliert und der dem Volk in Aussicht gestellte Nutzen auf Dauer ausbleibt. Daher will er unbedingt das „soziale Profil“ seines Wahlvereins „schärfen“ – was er damit auch schon getan hat: Wenn die Partei den Unternehmen in Zukunft Steuern schenkt, dann tut sie es, ohne dies dem Volk als Königsweg zu „mehr Arbeitsplätzen“ zu verkaufen.

Veranstaltungshinweis:

Der

GegenStandpunkt-Verlag

veranstaltet regelmäßig einen öffentlichen „Jour Fixe“

in Frankfurt und Darmstadt. Dort bietet sich die Gelegenheit, mit den Redakteuren über aktuelle Themen des Weltgeschehens zu debattieren.

Frankfurt: 13.11.

Thema: “Unterschicht” - das Bürgertum problematisiert die “Abgehängten” - aber wo kommen diese Massen und ihre prekäre Lebenslage eigentlich her?

Es wird in der Diskussion also um einige Elemente der Kritik an dieser Gesellschaft gehen - und nicht um ‘Problembewusstsein’!

Weitere Termine:

27.11. / 11.12.2006

Ort DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 (Nähe Hbf), Zugang über den Hof
Zeit: Jeweils Montag, 19:30 Uhr

Darmstadt: 31.10.

21.11. / 12.12. 2006

Ort: Offener Raum des AstA der TU, Hochschulstraße 1
Zeit: Jeweils Dienstag, 18:30 Uhr

Was ist Armut? Blöde Frage: Armut ist ein Faktum!

Ihre Existenz wird von kaum jemandem bestritten. Um Armut zu entdecken, anzuklagen und um zur Unterstützung der Armen aufzurufen, braucht es keine Kapitalismuskritiker. Der Armutsbericht der Bundesregierung, die christlichen Kirchen, die Illustrierte “Stern”, die öffentlichen Rundfunkanstalten, Politiker praktisch aller Parteien, nicht zu vergessen die Rechtsradikalen, halten es immer wieder mal für einen Skandal, dass es „Armut in einem reichen Land“ gibt. Fragt man sie, was genau sie schlimm und als Schande für ihr Land empfinden, dann ergibt sich eine zweite, mit der ersten eher unverträgliche Auskunft:

Armut ist Definitionssache!

Armut ist Ausschluss. Darüber sind alle einig. Fragt sich nur von was. Wo soll der Grenzstrich zwischen Armen und Nicht-Armen gezogen werden? Nicht nur mancher Politiker ist der Meinung, dass es so richtige Armut in Deutschland nicht gibt, weil jeder Sozialhilfe beantragen kann - und außerdem viel zu viele davon Gebrauch machen dürfen. Und so gesehen, fehlt den Armen vor allem eines: Die richtige Einstellung zur Armut. Die offizielle Sozialwissenschaft definiert, dass arm ist, wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zum Leben hat. Aber da fallen ziemlich viele Leute darunter und deshalb empfinden manche Mitglieder der Zunft die Definition als zu eng. In aller pluralistischen Verschiedenheit definieren sie sehr einsinnig:

Armut ist die Ausnahme von der Normalität – definitionsgemäß!

Arm sind bei uns nur Leute, bei denen einige unglückliche Zufälle zusammentreffen: Kinderreichtum, Scheidung und kaputte Familie, Berufsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, Alter. Dass diese Umstände nur bei einer ganz bestimmten Sorte Mensch zu materiellen Notlagen führen, hindert die diversen Freunde armer Leute nicht, arm zu nennen, wer keinen Lohn bezieht. In einer Gesellschaft, in der 90% zu den Lohnabhängigen zählen, ist arm, wer an dieser Normalität nicht teil hat. Die Normalen sollen erstens froh sein, dass es ihnen nicht geht wie den Ausgeschlossenen, sie sollen zweitens mit ihnen teilen und solidarisch den Ausschluss rückgängig machen, den die Gesellschaft diesen Unglücklichen antut, damit drittens der Zusammenhalt der Gesellschaft nicht von der Not bedroht wird, die sie stiftet. „Den Armen Gerechtigkeit!“ ist nicht das Motto der Kapitalismuskritik, sondern der Kollekte „Brot für die Welt“.

Drei Thesen gegen die bürgerliche Tour, Armut voller Sorge um Deutschlands Stabilität anzuerkennen und durch einen Vergleich mit dem Durchschnittsverdiener wieder um die Ecke zu bringen:

1. Armut ist Ausschluss, und zwar nicht vom durchschnittlichen Lebensstandard, sondern von dem Reichtum, den es gibt!
2. Dieser Ausschluss ist kein unglücklicher Zufall und keine Ausnahme, sondern allgemein und systematisch, denn er ist bedingt durch den Ausschluss von der Verfügung über die Mittel der Reichtumsproduktion. Alle Lohnabhängigen sind arm, sonst würden sie nicht für die Vermehrung von anderer Leute Eigentum arbeiten, sondern zu ihrem eigenen Nutzen. Diese allgemeine Armut ist der Grund der besonderen Armut all der Leute, denen dieser einzig erlaubte Erwerb der notwendigen Lebensmittel verschlossen ist.
3. Diese Armut ist kein Unglücksfall und keine Schande, sondern das Konstruktionsprinzip dieser Gesellschaft. Auf der Armut der breiten Masse beruhen alle Erträge, beruht die Produktivität und Dynamik ihrer Wirtschaft. Dazu bekennen sich die Regierenden, wenn sie heute zu Reformen schreiten, mit denen sie den Arbeitsmarkt von „Verkrustungen“ und das Sozialsystem von dem „Fett“ befreien, das es angesetzt hat. Moderne Reformer kämpfen gegen „Besitzstandswahrung“ und „Anspruchsdenken“, gegen eine „Vollkasko-Mentalität“ im Volk und eine „Rundumversorgung von der Wiege bis zur Bahre“, die es zwar nie gegeben hat. Ihre Charakterisierung von Fehlentwicklungen verrät aber, daß sie der Meinung sind, die bisherigen Leistungen des Sozialstaats hätten den Menschen zu viele „Lebensrisiken“ abgenommen – also zum Nachteil der Volkswirtschaft die notwendige Existenzunsicherheit der Proletarier eingeschränkt, den Zwang zur Arbeit um jeden Preis abgeschwächt; kurz: die Gesellschaft um die Produktivität der Armut gebracht. Das Programm der regierenden und regierungsfähigen Parteien lautet einheitlich: Es gibt viel zu wenig Armut in Deutschland. Wenn das Land wieder ganz an die Spitze kommen will, muss es die Knappheit dieses Gutes überwinden!

Weltmarkt und Weltmacht: Von der globalisierten Zivilgesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur

Kriegsgründe entstehen im *Frieden*; wann sonst?! Umgekehrt ist Frieden der „Zustand“, den Kriege herstellen und der ohne Kriegsfähigkeit und -bereitschaft gar nicht zu haben ist. Das wussten schon die alten Römer; und nach deren Grundsatz – „Si vis pacem, para bellum! Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor!“ – handelt noch im 21. Jahrhundert die NATO, wenn sie sich dazu verpflichtet, zwecks Sicherung des Weltfriedens jederzeit zu nicht weniger als sechs Militäreinsätzen gleichzeitig – zwei größeren Kriegen à 60 000 Mann und bis zu vier kleineren mit 20-30 000 Mann Kampftruppen – fähig und bereit zu sein.

Gewandelt haben sich im Laufe der Zeit freilich nicht bloß die Dimensionen, in denen die zuständigen Strategen denken und handeln. Dass die Großmächte heute für nichts Geringeres als den Weltfrieden verantwortlich sein wollen, keinen bewaffneten Konflikt unbeaufsichtigt lassen, überall eingreifen können und sich das nach eigenem Ermessen auch vorbehalten, das hat – um das Wenigste zu sagen – „damit zu tun“, dass sie einen wirklich weltumspannenden Kapitalismus zustande gebracht haben und in ihrem ökonomischen Bestand von dem Nutzen abhängen, den sie aus dieser kapitalistisch erschlossenen Welt herauswirtschaften. Eine so existenzielle Abhängigkeit schließt für die großen Nutznießer die Notwendigkeit ein und ist für deren Regierungen gleichbedeutend mit dem Gebot sicherzustellen, dass die politischen Machthaber in aller Welt die Beteiligung am globalen Geschäftsleben als sachliche Grundlage, wesentlichen Inhalt und verbindlichen Leitfaden ihrer Herrschaft anerkennen, und dafür zu sorgen, dass keiner aus der Reihe tanzt. Auf die Sachzwänge des Weltmarkts, die nach Auffassung moderner Globalisierungstheoretiker selbst die mächtigsten Staaten zu ohnmächtigen Erfüllungsgehilfen der Übermacht ökonomischer Verhältnisse degradiert haben, verlassen sich die maßgeblichen Weltpolitiker dabei mitnichten. Für deren praktischen Verstand ist klar genug, dass die härtesten Sachzwänge und die Gebote der marktwirtschaftlichen Vernunft erst und nur dann greifen, wenn und solange eine souveräne Staatsgewalt zum Mitmachen entschlossen ist und ihre Gesellschaft auf marktwirtschaftliches Geldverdienen als Überlebensmittel festlegt. Dann steckt freilich in jedem marktwirtschaftlichen Sachverhalt ein Zwang, und alle Momente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sind Ansatzpunkte, um die Privatmacht des Geldes und die Vollmachten seiner Schöpfer erpresserisch geltend zu machen. Doch um so, in den geordneten Bahnen geschäftlicher Erpressungsmanöver, mit einander und mit der ganzen Welt umspringen zu können, bedürfen die kapitalistischen Führungsmächte eines Arguments, das die höchsten Gewalten, die in letzter Instanz nur ihre eigene, nämlich die „Sprache der Gewalt“ verstehen, von der Alternativlosigkeit einer Entscheidung für das kapitalistische Weltsystem, von der Zuständigkeit der Großen für Ordnung und Sicherheit des globalen Geschäftsgangs und von der Unerlässlichkeit „guter Regierung“ nach demokratisch-marktwirtschaftlichem Vorbild überzeugt. An der Notwendigkeit un-widersprechlicher Gewalt gibt es keinen Zweifel, weil verantwortliche Ordnungspolitiker immer irgendwelche Störenfriede kennen, gegen die ihre friedliche Geschäftsordnung verteidigt werden muss. Jahrzehntlang war es die Sowjetmacht mit ihrem Sozialistischen Lager, an der der Universalismus der

Freiheit des Eigentums und seiner Sachzwänge sich gebrochen hat und gegen die folglich Ordnung und Frieden verteidigt werden mussten; zur heute erreichten Globalisierung der marktwirtschaftlichen Idylle hat es nicht weniger als einen langjährigen Kalten Krieg mit beständig perfektionierter atomarer Vernichtungsdrohung und vielen regionalen Nebenkriegsschauplätzen gebraucht. Das Weltkriegssystem, das die Führungsmacht der Freien Welt zu diesem Zweck mit ihrer Rüstung und vermittels eines Netzes von Bündnissen auf die Beine gestellt hat, ist mit dem Triumph über die große systemwidrige Ausnahme bekanntlich keineswegs überflüssig geworden, vielmehr seiner eigentlichen Bestimmung näher gekommen: Nicht mehr gelähmt durch „Gegenabschreckung“ und „atomares Patt“, konfrontiert „der Westen“ die Welt mit seinem Willen und seiner Fähigkeit zu totaler militärischer Abschreckung, beglaubigt beides durch Drohungen und „asymmetrische“ Kampfeinsätze gegen wirkliche und potenzielle Abweichler wo auch immer auf der Welt; und die herkömmliche Unterscheidung, die klare Scheidung zwischen Kriegszustand und Frieden wird hinfällig. Die hochgeschätzten Regeln der freien Konkurrenz auf dem Weltmarkt treten und bleiben nämlich nur in Kraft, wenn ununterbrochen kleine und große Sicherheitsfragen gewaltsam gelöst werden. Dann, auf der Grundlage ständiger Militäreinsätze, ist die gewaltfreie Nutzung dieser Regeln im ökonomischen Verkehr zwischen den Nationen aber auch garantiert – eine Nutzung, die bekanntlich einiges an Erpressungspotenzial zur Geltung bringt und ebenso merkwürdige Abhängigkeiten wie eine auffällige Verteilung des Reichtums stiftet.

Dieser schöne Erfolg des freiheitlichen Imperialismus hat freilich einen Haken: Er untergräbt die Kooperation, zu der die kapitalistischen Großmächte sich in der Konfrontation mit dem gemeinsamen großen Feind in Moskau haben nötigen lassen. Schon im Kalten Krieg, für den die USA ihre europäischen und anderen Verbündeten gebraucht und funktionalisiert und in dem die umgekehrt Amerika als Schutzmacht für ihre nationalen Belange in Anspruch genommen haben, sind Aufwand und Ertrag der gemeinsamen Sicherheitspolitik von allen Beteiligten beständig äußerst kritisch überprüft worden: der Aufwand nicht bloß an Geld für Rüstung, sondern an Bündnisdisziplin, an Rück-sicht-nahme auf die Partner, an Verzicht auf Eigenmächtigkeiten und Exklusivrechte – immerhin war es mit den Kolonialreichen der zwei westeuropäischen Siegermächte auch deshalb vorbei, weil die neue amerikanische Weltordnung dafür keine Verwendung mehr hatte –; auf der anderen Seite der Ertrag an Freiheiten des Konkurrerens und des geschäftlichen Zugriffs, an politischem Einfluss auf die Alliierten und überhaupt an strategischer Bedeutung usw. Der Ausgang der entsprechenden von Argwohn geprägten, auf Statusverbesserung gerichteten Revisionsbemühungen der Verbündeten ist seit der Selbstauflösung der Sowjetmacht nicht mehr durch die gemeinsame Weltkriegsoption vorentschieden: Alle Beteiligten kalkulieren neu. Den Kollateralnutzen, den ihre Kriegsallianz für sie abgeworfen hat: die gemeinsame Kontrollmacht, die Kompetenz zur Bevormundung anderer Souveräne, die Verpflichtung der Partner auf Entgegenkommen, die Freiheit, die ganze Welt als ökonomisches Betätigungsfeld mit Be-schlag zu belegen – den mögen sie allesamt nicht missen; zu einer Aufteilung des Globus in exklusive Einflussphären will kein moderner Imperialist zurück. Andererseits sind alle, die Führungsmacht ebenso wie ihre Alliierten, überhaupt nicht zufrieden mit dem erreichten Stand nationaler

Die Wissenschaft von der internationalen Politik

glaubt ihrem staatlichen Auftraggeber seine rechtfertigende Deutung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Reaktion, die auf äußere Bedrohung nur antwortet, aufs Wort und zieht daraus zwei Schlussfolgerungen: Entweder sie macht die offizielle Kriminalisierung des Gegners mit, erklärt ihn zum Störenfried und Aggressor und wärmt ein weiteres Mal die Theorie vom gerechten Krieg auf. Oder sie macht diese Auskunft, verallgemeinert auf die ganze Staatenwelt, wirklich zum Ausgangspunkt einer Erklärung der Außenpolitik; dann baut sie einen kompletten Zirkel: Wenn jeder Staat mit seiner Rüstung nur reagiert und gar nicht agiert, dann auf eine nur vermutete, gar nicht wirkliche Aggressivität anderer Staaten, so dass aus lauter irrtümlich angenommenen Bedrohungen wirkliche werden. Am Schluss zerstören sie einander im Krieg, weil sie sich über die guten Absichten ihres Gegenübers nicht ganz sicher sein können. „States can never be certain about the intentions of other states“ – so erklärt John Mearsheimer, einer der Päpste des Fachs, warum sich Staaten kriegsbereit gegenüber treten. (The False Promise of International Institutions, in: International Security, Winter 1994/95, Vol 19, No. 3,10) Leider, muss man sagen, hat die außenpolitische Machtentfaltung moderner Staaten handfestere Gründe als ein dummes, dummes Missverständnis.

Kürzlich erschienen:

GegenStandpunkt 3-06

Imperialismus heute

**Weltmarkt und Weltmacht
Von der globalisierten Zivilgesellschaft und
ihrer antiterroristischen Kriegskultur**

*

**“Die Haupttendenzen auf der Welt sind Frieden
und Entwicklung”**

China will Weltmacht werden

*

**Die neue “strategische Partnerschaft”
USA-Indien**

**Indien - als Großmacht von Amerika gefördert und
gefordert**

*

**Die Demokratisierung des Irak
Vom ‘Schurken-Staat’ zum ‘failed state’**

*

**34-Tage-Krieg im Libanon
Israel verteidigt sein Existenzrecht als
regionale Supermacht**

*

**Deutsche Soldaten als Wahlhelfer im
Kongo**

**Ein Einsatz für mehr europäische
Weltordnungskompetenz**

*

**Die “schwarz-rot-geile Fußballparty”
Das Opium fürs Volk, die Dröhnung für die
Herrschaft**

ISSN: 0941-5831

227 Seiten
15 Euro

**Ab sofort im Buchhandel erhältlich oder zu
bestellen bei**

Gegenstandpunkt VerlagsGmbH
Augustenstraße 24
D-80333 München
Tel. 089/2721604
Fax 089/2721605
www.gegenstandpunkt.com
gegenstandpunkt@t-online.de

Kontrollmacht, mit den Erfolgsperspektiven der nationalen Wirtschaft, mit den politischen und ökonomischen Erträgen des Weltfriedens und den politischen und finanziellen Unkosten des dafür nötigen universellen Abschreckungsregimes; was die USA an strategischen und materiellen Diensten von den andern Großmächten verlangen, deckt sich weder mit deren Benutzungsinteressen und Machtansprüchen noch mit deren Willen, von der amerikanischen Weltmacht als gleichrangiger Kontrahent respektiert zu werden; beide Seiten ringen um Korrekturen; das zersetzt den politischen Einigungswillen, auf dem die gewohnte friedliche Austragung der Konkurrenz der Nationen beruht und den keine der verantwortlichen Mächte kündigen will.

So funktioniert Imperialismus heute.

Die Herbstausgabe der Zeitschrift GegenStandpunkt thematisiert den Zusammenhang von Weltmacht und Weltmarkt sowohl auf grundsätzlicher Ebene mit einer Ableitung der zentralen Bestimmungen des heutigen Imperialismus als auch in Fallstudien zu den Hauptmächten und ihren Kriegen und Auslandsaktivitäten.